

Die Blockade zwischen Kongress und Präsident wird auch nach den Kongress- und Präsidentschaftswahlen am 8. November 2016 bestehen bleiben. Dabei wäre politisches Handeln dringend nötig, um die US-Wirtschaft wieder anzukurbeln. Denn die durch das Gelddrucken der US-Notenbank erkaufte Zeit läuft ab. Derweil dürfte aber ein ernstzunehmender äußerer Rivale, namentlich China, helfen, innere Zerwürfnisse zu überwinden und dem Präsidenten als Oberbefehlshaber der Nation Handlungsfreiheiten zu eröffnen. Die Handelsnation Deutschland muss aufpassen, um nicht zwischen die Fronten von Militärmächten zu geraten.

Am 20. Januar 2017 wird der nächste Präsident oder die erste Präsidentin der USA den Amtseid auf der Westseite des Kapitols, am Sitz des Parlaments, ablegen und danach die Pennsylvania Avenue hinunter zum Weißen Haus fahren. Dieses Ritual, das die beiden widerstreitenden Staatsgewalten, den Kongress und das Amt des Präsidenten, verbindet, verdeutlicht das institutionelle Spannungsverhältnis, in dem auch der nächste Amtsinhaber im Weißen Haus versuchen muss, Politik zu gestalten, um die prekäre Lage seines Landes zu verbessern.

Was viele Beobachter hierzulande nicht auf dem (Fernseh-)Schirm haben, die sich nur auf das Kopf-an-Kopf-Rennen der Bewerber um das vermeintlich mächtigste Amt in Washington konzentrieren, sind die Wahlkämpfe, in denen die Mehrheitsverhältnisse der beiden Kammern im Kongress entschieden werden. Die Wahlen um die 435 Sitze im Abgeordnetenhaus und ein Drittel (34 Sitze) des 100-köpfigen Senats sind genauso wichtig, weil jede Seite des Kapitols auch den nächsten Präsidenten in den meisten Politikfeldern blockieren kann – und es auch tun wird.

Es wäre jedoch handlungsfähige Politik nötig, um die US-Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und auf Touren zu halten. Indem die US-Notenbank Geld druckte, konnte der wirtschaftliche Einbruch bislang abgewendet und ein mäßiges Wachstum erwirkt werden. Insgesamt wurde die Bilanz der US-Notenbank auf 4,5 Billionen Dollar aufgebläht und damit selbst für viele Experten unvorstellbare Summen billigen Geldes in die

Wirtschaft gepumpt (vgl. Labonte 2015, S. 13–14). Die US-Notenbank hat seitdem unter anderem Staatsanleihen in Höhe von 2,5 Billionen Dollar und verbriefte Immobiliendarlehen im »Wert« von 1,7 Billionen Dollar im Bestand. Obschon die US-Notenbank im Oktober 2014 aufhörte, mit weiterer »quantitativer Lockerung« zusätzliche Papiere zu kaufen, werden die fälligen Anleihen laufend durch neue ersetzt. Indem sie damit die Geldschwemme aufrechterhält und die sogenannte Liquidität auf den Märkten auch nicht mit spürbar höheren Zinsen abschöpft, ist die US-Notenbank also »weiterhin im Krisenmodus« (Wiebe und Mallien 2015). Doch damit wurde nur Zeit gekauft und im schlimmsten Fall dafür gesorgt, dass sich weitere Finanzblasen gebildet haben.

Schon viel zu lange haben sich unkritische Beobachter von den hohen Kursen an den Börsen blenden lassen. Einige deutsche Unternehmensführer bleiben weiterhin unbeirrt in ihren Lobpreisungen der amerikanischen Marktwirtschaft oder glauben an die Wunderheilung des »amerikanischen Patienten«. Dass die aktuellen Börsenwerte einer Handvoll IT-Unternehmen jene der führenden 20 deutschen Industrieunternehmen übertreffen, wird gern als Beleg für die Innovationskraft der USA herangezogen. Von diesen »Wert«-Schöpfungen werden aber wieder nur wenige Insider profitieren. Wer die Börsenwerte der immer noch zu hoch gehandelten US-Unternehmen für bare Münze nimmt, ignoriert die Tatsache, dass die Kurse an den Börsen nicht zuletzt auch dank der Geldschwemme der US-Notenbank nach oben befördert wurden und die »Werte« sich als weitere Illusion herausstellen könnten. Dementsprechend nervös waren die Märkte, als die US-Notenbank gegen Jahresende 2015 die Fe-

* Dr. Josef Braml ist gelernter Bankkaufmann, promovierter Politologe und USA-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

deral Funds Rate – den Zinssatz, zu dem sich Banken Geld ausleihen können, nur leicht auf 0 bis 0,5% an hob und damit signalisierte, dass die Tage des billigen Geldes gezählt sein könnten. Auf die Aussicht, künftig keine Geldspritzen mehr zu erhalten, reagierten die Marktteilnehmer wie Drogenabhängige nach einem kalten Entzug: nervös bis panisch. Zu Jahresbeginn 2016 rutschten an der Wall Street die Aktien mehrerer Banken in den Keller; innerhalb weniger Handelstage haben sich bei vielen Aktientiteln die Kursgewinne des gesamten Vorjahres in Luft aufgelöst. Mitte Januar 2016 sackte der Index der größten amerikanischen Firmen (Standard & Poor's 500) auf 1 880 – die niedrigste Marke seit August 2014 (vgl. Neate 2016). Seitdem ist die Lage an den Börsen sehr volatil. Im schlimmsten Fall wird die Blase zerplatzen – mit unvorhersehbaren Folgen. Im besten Falle wird die Luft langsam entweichen, die Aktienkurse werden etwas langsamer sinken und sich wieder den realen Wirtschaftsverhältnissen annähern.

Im Energiesektor werden die Folgen der lockeren Geldpolitik bereits deutlich sichtbar. Der »Ölrausch« in den USA wurde beflügelt durch das billige Geld der US-Notenbank. Viele kleinere Pionierunternehmen, die von Private-Equity-Firmen finanziert und vertraglich zu Mindestmengen verpflichtet wurden, können aufgrund des gegenwärtigen – durch den Preiskampf Saudi-Arabiens forcierten – Überangebots und Preisverfalls bei Schiefergas nicht mehr ihre Investitions- und Produktionskosten decken. Die meisten Pioniere werden sich wirtschaftlich zu Tode »fracken«. In erster Linie sind Produzenten gefährdet, die nicht eigenes Kapital investiert, sondern sich hoch verschuldet haben. Viele sind von Investoren abhängig, die nicht langfristig anlegen, sondern den schnellen Profit suchen. Beide, klamme Produzenten und gierige Investoren, dürften sich jedoch mit dem Fracking-Boom verspekuliert haben.

Mit dem Zerplatzen der Blase im Öl- und Gassektor wird auch der Traum von der Energieunabhängigkeit und der Reindustrialisierung der USA zerstört werden. Vielmehr besteht die Gefahr, dass ganze Landstriche, die bislang vom Öl- und Gasboom profitierten, nunmehr mit wirtschaftlichen Einbrüchen konfrontiert werden, die Arbeitsplätze vernichten. Zudem werden die Staatshaushalte einer Reihe von Einzelstaaten belastet und Banken gefährdet, die die Öl- und Gasförderung mit Krediten befeuert hatten. Es bleibt zu hoffen, dass nicht wieder – wie schon nach dem Platzen der Immobilienblase – durch umfangreiche Kreditausfälle das gesamte Finanzsystem in Mitleidenschaft gezogen wird.

Gleichwohl bedeutet der Fluch für die Öl- und Gasförderregionen einen zeitlich begrenzten Segen für die US-Volkswirtschaft, die zu zwei Dritteln von privater Nachfrage getrieben wird. Solange die Ölpreise niedrig sind, haben Amerikaner mehr Kaufkraft und können es sich leisten, zu konsumieren oder ihre drückende Schuldenlast etwas zu er-

leichtern. Es ist bemerkenswert, ja, alarmierend, dass trotz des durch die US-Notenbank herbeigeführten niedrigen Zinsniveaus und der indirekten Wirtschaftsförderung durch niedrige Energiepreise die US-Wirtschaft nicht wirklich Fahrt aufnehmen kann.

Um die schwache Realwirtschaft anzukurbeln, müsste die Politik sehr schnell handeln – in den Bereichen Infrastruktur und Bildung investieren sowie durch eine Reform des Steuersystems dafür sorgen, dass die Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen nicht weiter zunimmt und die Wirtschaft noch stärker belastet. Sieht man sich die Verteilung der Vermögen und Einkommen in den USA genauer an, fallen sofort gravierende Unterschiede auf, die sozialen Sprengstoff bergen und geradezu verhindern, dass die Wirtschaft wieder in Gang kommt. Wenn nämlich stimmt, dass die amerikanische Wirtschaft zum Gutteil durch Nachfrage, also vom Privatkonsum, angetrieben wird, dann ist die soziale Schieflage Gift für die wirtschaftliche Erholung. Im Vergleich zu anderen hochindustrialisierten Ländern ist in den USA die Umverteilung in Form von Arbeitslosengeld und Sozialabgaben recht gering (vgl. OECD 2015). Das hat zur Folge, dass immer mehr Amerikaner immer weniger kaufen können, weil auch das Konsumieren auf Pump nicht mehr in dem Ausmaß wie bisher möglich ist.

Während die partiell ungleiche Einkommensverteilung in vielen (europäischen) Ländern durch Sozialpolitik ausgeglichen wird, finanzieren andere, allen voran die US-Bürger, ihren Konsum durch Kredite, in der Vergangenheit erfolgte dies vor allem durch kreditfinanzierte Immobilien. Fehlende staatliche Regulierungen, die lockere Geldpolitik der US-Notenbank und auch ausländische Kreditgeber halfen dabei, indem sie reichlich billiges Geld zur Verfügung stellten und den amerikanischen Traum einer »Eigentümergeellschaft« und eine Wohlstandsillusion nährten. Der Immobilienmarkt, der bis zum Platzen der Blase zwei Drittel bis drei Viertel des US-Konsums alimentierte (vgl. Stiglitz 2010, S. 28), indem Häuser immer wieder beliehen und als Geldautomaten missbraucht wurden, wird diese vermeintliche Wachstumsfunktion nicht mehr übernehmen können.

Denn das kreditfinanzierte amerikanische Konsummodell lief in der Vergangenheit, weil insbesondere asiatische Volkswirtschaften, vor allem China, den Gegenwert ihrer Exporte den USA wieder als Kredite zur Verfügung stellten.¹ Indem etwa die chinesische Zentralbank fortwährend US-Staatsanleihen kaufte, sorgte sie dafür, dass sie einerseits die eigene Währung, den Renminbi, gegenüber dem Dollar abwertete. Andererseits konnten die nunmehr mit einem kräftigen Dollar ausgestatteten Amerikaner über diesen Währungsmechanismus weiterhin verbilligte chinesische Produk-

¹ Allen voran haben asiatische Zentralbanken massiv amerikanische Staatsanleihen erworben: China und Japan finanzieren mit jeweils 1,2 Billionen Dollar einen Gutteil der Schuldenlast der Weltmacht (vgl. Labonte und Nagel 2015, S. 1–2).

te kaufen. Der erst später fällige Preis war jedoch, dass die Zinsen in den USA zu niedrig waren und zu Fehlallokationen führten, indem sie eine Immobilienblase nährten, die das Konsumieren auf Pump ermöglichte. Diese Symbiose funktionierte auf wundersame Weise – bis zum Platzen der Immobilienblase, der damit ausgelösten Banken- und Finanzkrise und der einhergehenden weltweiten »Wert«-Verluste.

Aus dem bisherigen Schaden klüger geworden, versuchen die Entscheidungsträger in Peking nunmehr, sich aus der Dollar-Falle zu lösen, die eigene Wirtschaft stärker auf Binnenkonsum umzustellen und Chinas Exportmärkte zu diversifizieren. Mit seiner Seidenstraßeninitiative (»Ein Gürtel, Eine Straße«) will das Reich der Mitte über Land- und Seewege seine Wirtschaft mit den Nachbarn in der Region, mit Westasien, Afrika und Europa verbinden. Wenn China Straßen, Bahnlinien, Flughäfen, Häfen und Telekommunikationsverbindungen selbst oder über von ihm dominierten multilateralen Organisationen finanziert, kommen vor allem chinesische Arbeiter in Lohn und Brot. Zudem werden neue Absatzmärkte in Zentralasien und Europa erschlossen – und die Einflussbereiche seiner glorreichen Vergangenheit wieder errichtet.

Das ist aus Sicht der Geostrategen in Washington ein äußerst bedrohliches Szenario. Wenn China sogenannte öffentliche Güter wie Infrastruktur, Handels- und Informationswege zur Verfügung stellt, baut es langsam, aber sicher seine Vormachtstellung aus. Indem es als kluge Macht seine nationalen Interessen breiter definiert, anderen erlaubt, davon ebenso zu profitieren, kann es Führung beanspruchen und Gefolgschaft erwarten. Ein Beleg dafür ist Pekings Erfolg, trotz massiven Gegendrucks der USA, europäische Partner wie Großbritannien, Frankreich und Deutschland für seine Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB) gewonnen zu haben. Da der amerikanische Kongress über fünf Jahre internationale Vereinbarungen blockierte, China mehr Mitsprache in den bestehenden, von den USA dominierten Bretton-Woods-Institutionen (Weltbank und IWF) einzuräumen, baut das Reich der Mitte nunmehr von ihm beeinflusste Alternativstrukturen auf.

Der berühmte amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama, der seinerzeit vorschnell das »Ende der Geschichte« ausgerufen, sprach im Wettkampf der Systeme den Sieg liberaler Demokratien und freier Marktwirtschaften gefeiert hatte, diagnostiziert heute elementare Defizite der amerikanischen Demokratie. Diese seien umso problematischer, weil sich ein neuer Konkurrent, namentlich China anschicke, sein Gegenmodell zu exportieren. Die Geschichte geht also doch weiter, denn Fukuyama sieht eine neue »historische Auseinandersetzung« um das »Schicksal Eurasiens« im Gange: zwischen den USA und seinen westlichen Partnern auf der einen und China auf der anderen Seite (vgl. Fukuyama 2016).

Bereits heute stellt die von Peking weltweit orchestrierte Entwicklungshilfe die Bemühungen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds in den Schatten. Während dem amerikanischen Staat Geld und Handlungsfähigkeit fehlen, selbst im eigenen Land die maroden Straßen, Brücken und Flughäfen zu erneuern, finanziert China weltweit Infrastruktur, entwickelt damit neue Absatzmärkte und kann sich so vom bisherigen Hauptabnehmer USA emanzipieren – dem es bislang in großen Mengen das Geld geliehen hatte, damit dieser chinesische Produkte kaufen konnte.

Das betrifft nicht nur US-Bürger, die aus ihrer Wohlstandsidee gerissen werden, sondern auch den amerikanischen Staat, der ebenso schon seit Längerem über seine Verhältnisse lebt. China ist nicht mehr bereit, in dem Maße wie bisher mit seinen Devisenreserven den US-Staatshaushalt zu finanzieren, der zu einem Großteil dafür verwendet wird, die Weltmacht militärisch und sicherheitsdienstlich gegen die »gelbe Gefahr« aufzurüsten. Diese Veränderungen des »business as usual« alarmieren den militärisch-industriellen Komplex ebenso wie die Wall Street.

Die Vordenker – in fast ausschließlich privat finanzierten – Think Tanks mahnen bereits zu einer neuen »Grand Strategy«. Auch sie nehmen China ins Visier. Anstelle des bisherigen Flickwerks einzelner Strategien gegenüber diversen Ländern und in bestimmten Politikfeldern (Sicherheits-, Handels- oder Energiepolitik) sollten die USA wieder eine globale, themenübergreifende Ausrichtung, also eine umfassende »Grand Strategy«, verfolgen (vgl. z.B. Mattis 2015). Damit solle auf jeden Fall verhindert werden, dass ein möglicher Rivale den USA die See- oder Lufthoheit im eurasischen Raum – dem bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich interessantesten Gebiet dieser Erde – streitig macht und wirtschaftliche Aktivitäten der USA unterbindet oder ihnen den Zugang zu Ressourcen verwehrt. Obwohl dies selten offen ausgesprochen worden ist, haben die Militäroperationen und diplomatischen Aktivitäten der USA in den vergangenen Dekaden genau dieses zentrale Ziel verfolgt – so lautet die Analyse des Congressional Research Service, des überparteilichen wissenschaftlichen Dienstes des Kongresses (vgl. O'Rourke 2015, S. 8).

China wird auch von den aktuellen Wahlkämpfern thematisiert, von denen die meisten von der Finanz- und Rüstungsindustrie gesponsert und von Experten in Think Tanks beraten werden, die sich damit eine künftige Anstellung in der nächsten Regierung erhoffen. Eine Schar von Wahlkämpfern ist sich bei allem Streit in innen- und außenpolitischen Fragen in einem Punkt mehr oder wenig einig: nämlich der Bedrohung durch China zu begegnen. Wer das Ganze als Wahlkampfgetöse abtut, das nach den Wahlen wieder vergessen sein wird, ignoriert die innenpolitische Dynamik in den USA ebenso wie die wirtschaftlichen Zusammenhänge und die sich international abzeichnenden Machtverschie-

bungen. Die USA werden mit allen Mitteln, harter und weicher Macht, versuchen, den weiteren Machtzuwachs Chinas zu verhindern.

Deutschlands Verantwortliche in Politik und Wirtschaft sollten sich bereits jetzt Gedanken machen, wie diese Konfrontation zwischen China und den USA abgemildert werden kann. Denn es ist nicht im Interesse einer Handelsnation, die umfangreiche Wirtschafts-, Handels- und Währungsbeziehungen mit beiden unterhält, zwischen die Fronten von Militärmächten zu geraten.

Auch die EU sollte ein vitales Interesse haben, die sino-amerikanische Rivalität in eine regionale multilaterale Architektur einzubetten, weil die Wirtschaftsinteressen der EU dies offenkundig machen.² Chinas Außenhandel hat sich in den vergangenen zwölf Jahren verzehnfacht. Die EU ist Chinas größter Handelspartner. Seit Ende 2013 verhandeln die EU und China über ein umfassendes Investitionsabkommen, in dem Investitionsschutz und Marktzugang für Investoren geregelt werden sollen (vgl. Auswärtiges Amt 2015).

Bereits heute wird deutlich, dass sich Europa wegen der gravierenden sozioökonomischen Probleme in den USA nicht mehr auf die Kaufkraft der Amerikaner verlassen kann. Europäische und asiatische Volkswirtschaften müssen sich von ihrem Wunschdenken verabschieden, dass bald wieder eine auf Pump getriebene Konsumlokomotive USA die Weltwirtschaft aus ihrer Misere herauszieht. Die massiv vom Export abhängigen Volkswirtschaften Europas und Asiens sollten sich realistischere Gedanken machen, wie sie ihren Binnenkonsum nachhaltig und generationengerecht fördern können – auch um ihre politischen Systeme zu stabilisieren.

Wenn Staaten, egal ob sie nun autokratisch oder demokratisch geführt werden, es nicht mehr schaffen, materielle Sicherheit für möglichst viele zu generieren, geraten die etablierten Ordnungen ins Wanken. Amerikas Intellektuelle sorgen sich nicht zu Unrecht um Europa (vgl. Galston 2014). Doch sie sollten auch einen Blick auf die Demagogen in ihrem eigenen Land werfen. Der aktuelle US-Wahlkampf bietet genügend Anschauungsmaterial.

Literatur

Auswärtiges Amt (2015), »Länderinformation China, Wirtschaft«, Stand: Mai 2015, verfügbar unter: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/China/Wirtschaft_node.html.

Bersick, S. (2012), »ASEAN, EAS, APEC – regionale Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum«, in: J. Braml, S. Mair und E. Sandschneider (Hrsg.), *Außenpolitik in der Wirtschafts- und Finanzkrise*, Jahrbuch Internationale Politik, Bd. 29, R. Oldenbourg, München, 292–298.

Fukuyama, F. (2016), »Exporting the Chinese Model«, *Project Syndicate*, 12. Januar.

Galston, W.A. (2014), *The New Challenges of Market Democracies*, Brookings Institution, Brookings Research Report, Washington, D.C., Oktober, verfügbar unter: <http://www.brookings.edu/research/reports2/2014/10/new-challengemarket-democracies>.

Labonte, M. (2015), *Monetary Policy and the Federal Reserve, Current Policy and Issues for Congress, Congressional Research Service (CRS)*, CRS-Report for Congress, Washington, D.C.

Labonte, M. und J.C. Nagel (2015), *Foreign Holdings of Federal Debt, Congressional Research Service (CRS)*, CRS Report for Congress, Washington, D.C.

Mattis, J. (2015), *A New American Grand Strategy*, Hoover Institution, 26. Februar.

Neate, R. (2016), »US Stock Markets Take a Major Fall as Dow Reaches Lowest Level since August«, *The Guardian*, 15. Januar.

OECD (2015), *In It Together. Why Less Inequality Benefits All*, Organisation for Economic Co-operation and Development, Paris, OECD (Summary ... in the United States), Paris, 21.5.2015

O'Rourke, R. (2015), *A Shift in the International Security Environment. Potential Implications for Defense – Issues for Congress, Congressional Research Service (CRS)*, CRS Report for Congress, Washington, D.C.

Stiglitz, J. (2010), *Im freien Fall. Vom Versagen der Märkte zur Neuordnung der Weltwirtschaft*, Siedler Verlag, München 2010.

Wiebe, F. und J. Mallien (2015), »Weiterhin im Krisenmodus«, *Handelsblatt*, 18. September, 2.

² So die Schlussfolgerung einer Analyse der regionalen Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum: Bersick (2012, S. 298).